

PRESSEMITTEILUNG

Tiefe Enttäuschung der NRW-Verkehrswirtschaft über das Ergebnis des „Kamingesprächs“ der Länderverkehrsminister mit Bundesverkehrsminister Tiefensee

VVWL, Münster, 20.08.2008 – Der VVWL ist über das Ergebnis des „Kamingesprächs“ von Länderverkehrsministern und Bundesverkehrsminister tief enttäuscht. Sollten die Mauterhöhungspläne den Bundesrat am 19. September passieren, werden Hunderte von Unternehmensexistenzen und Tausende von Arbeitsplätzen in der NRW-Verkehrswirtschaft aufs Spiel gesetzt.

Tief enttäuscht ist der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen (VVWL) e.V. über das Ergebnis des Sondertreffens der Länderverkehrsminister mit Bundesminister Tiefensee. Die Minister haben einen Arbeitskreis aus Bund und Ländern eingerichtet, der innerhalb von 14 Tagen die Mauterhöhung mit einer „Mittelstandsklausel“ versehen und über Möglichkeiten einer langfristig gesicherten Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur durch Maut- und Steuereinnahmen beraten soll. Die aus Sicht des VVWL „irrwitzige“ Wegekostenrechnung, der den Mauterhöhungsplänen zugrunde liegt, wird anscheinend von den Länderministern mitgetragen. Der VVWL hat schon gegenüber NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke die Wegekostenrechnung als nicht haltbar kritisiert. Sie führt letztlich zu den nicht gerechtfertigten Mauterhöhungsplänen.

„Wenn Bund und Länder auf der einen Seite mit gestiegenen Wegekosten argumentieren, auf der anderen Seite gleichzeitig akzeptieren, dass die Mittel für die (Straßen-) Infrastruktur ab 2009 wieder auf das Niveau vor der Mauteinführung (!) zurückgefahren werden, zeigt dies, dass es nur um eine Abzocke des Lkw geht“, so der VVWL. Und da selbst die klimaschonendsten Neufahrzeuge (Euro V) um 40 % stärker belastet werden und die bis Oktober 2006 modernsten Fahrzeuge (Euro III) eine um 72 % höhere Maut zahlen sollen, so wird auch das „Klimaschutzargument“ ad absurdum geführt. Die Umsetzung der Mauterhöhungspläne würde Hunderte Unternehmensexistenzen und Tausende Arbeitsplätze in der NRW-Verkehrswirtschaft, die angesichts der Dieselpreissteigerungen (in Jahresfrist um mehr 30 %) ohnehin mit dem Rücken zur Wand steht, gefährden. Wirtschaft und Verbraucher werden durch diese „Abzocke“ schon im nächsten Jahr mit 1,9 Mrd. Euro zusätzlich belastet werden.

Verlierer werden Bürgerinnen und Bürger sein, die neben längeren Staus auch eine weitere Verschlechterung des Logistikstandort Deutschlands zu tragen haben. „Bundeskanzlerin Merkel sieht zu, wie trotz explodierender Ölpreise alles noch teurer gemacht wird“, so der VVWL.

Der VVWL wird seinen Widerstand gegen die ungerechtfertigte Mauterhöhung und den wachsenden Ökosozialismus im Verkehr auf Bundes- und Länderebene nicht aufgeben.

Münster, den 20. August 2008
Dr. Christoph Kösters
Hauptgeschäftsführer